



LANDESARCHIV
BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-
Württemberg
Stiftung



WIR STIFTEN ZUKUNFT

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden- Württemberg 1949-1975

Newsletter 01/2019

1. Arbeitsbeginn des neuen Dokumentationsprojekts beim Landesarchiv Baden- Württemberg

Zum 1. Januar dieses Jahres hat das von der Baden-Württemberg Stiftung finanzierte Dokumentationsprojekt zu Zwangsunterbringungen in Baden-Württemberg im Zeitraum 1949-1975 im Landesarchiv Baden-Württemberg seine Arbeit aufgenommen. Das Projekt schließt an das von 2013 bis 2018 laufende Projekt zur Aufarbeitung der Kinderheimziehung in Baden-Württemberg an. Es richtet seinen Fokus nun auf Menschen, die im fraglichen Zeitraum in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und in der Psychiatrie untergebracht waren. Damit unterstützt das Projekt Betroffene bei der Suche nach Unterlagen und Nachweisen der Unterbringung für die Beantragung von Leistungen der Stiftung Anerkennung und Hilfe. Die Projektstelle unterstützt Betroffene außerdem anhand von Akten bei der Aufarbeitung der Erfahrungen und hilft bei der Klärung biografischer Fragestellungen.

In der ersten Jahreshälfte der Projektlaufzeit nahmen bisher 30 Betroffene die Unterstützung des Landesarchivs in Anspruch. Etwa die Hälfte der Anfragen konnten bereits erfolgreich bearbeitet werden.

Kontakt:

Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung 1949-1975
Nastasja Pilz M. A. /Nora Wohlfarth M. A.
Olgastraße 80
70182 Stuttgart
Tel.: 0711/212 4241 (-4242)

Weitere Informationen über das Projekt erhalten Sie unter: www.heimerziehung-bw.de

Pressemitteilung des Landesarchivs vom 18. März 2019: https://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/64811/20190318_PM%20Aufarbeitung%20Heimerziehung_Stiftung%20Anerkennung%20und%20Hilfe.pdf

Informationen über die Stiftung Anerkennung und Hilfe erhalten Sie unter: <http://www.stiftung-erkennung-und-hilfe.de>

2. Einladung zur Informationsveranstaltung im Rathaus Stuttgart am 18. September 2019

Am 18. September 2019 organisiert das Landesarchiv Baden-Württemberg gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten der Stadt Stuttgart und dem Sozialverband VdK Stuttgart eine

Informationsveranstaltung im Stuttgarter Rathaus mit dem Titel „Erfahrungen in Einrichtungen von Psychiatrie und Behindertenhilfe in der Nachkriegszeit“.

Die Veranstaltung richtet sich an Menschen, die ihre Kindheitserfahrungen in der Behindertenhilfe und Psychiatrie aufarbeiten und ihren Anspruch auf Leistungen bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe geltend machen möchten. Sie richtet sich ebenso an Interessenverbände, Träger von Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie sowie an gesetzliche Betreuer, die ihre Klientinnen und Klienten bei der Antragstellung bei der Stiftung unterstützen möchten. Informiert wird

- über die Arbeit des Landesarchivs Baden-Württemberg und die Recherchemöglichkeiten für Betroffene
- über die Arbeit der Regionalen Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe und die Voraussetzungen und die Modalitäten bei der Beantragung von Anerkennungsleistungen bei der Stiftung

Die Veranstaltung findet von 15:00 bis 17:00 Uhr im Stuttgarter Rathaus im Großen Sitzungssaal statt. Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Die Veranstaltung ist kostenlos und barrierefrei.

3. Veröffentlichung neue Heimliste für Sommer geplant

Analog zu dem im Projekt zur Kinderheimziehung in Baden-Württemberg veröffentlichten „Verzeichnis der Kinder- und Jugendheime in Baden-Württemberg 1949-1975“ ist ein umfassendes Verzeichnis über die im Forschungszeitraum in Baden-Württemberg bestehenden Einrichtungen für Kinder mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen geplant. Eine erste Version, die sukzessive erweitert wird, soll noch diesen Sommer erscheinen.

Das Verzeichnis wird Angaben zu Titel, Adresse, Träger und Bestandszeitraum der Einrichtungen umfassen, aber auch Informationen zur Aktenlage und Kontaktdaten der aktenführenden Stellen beinhalten. Die Eigenrecherche nach Unterlagen wird damit zielgerichteter möglich und deutlich vereinfacht.

Das bisherige Verzeichnis der Kinder- und Jugendheime erhalten Sie unter:

<https://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/62617/Heimverzeichnis.pdf> .

4. Rückblick: Veranstaltung der Stiftung Anerkennung und Hilfe am 13. Mai 2019 in Berlin

Am 13. Mai 2019 fand im Museum für Kommunikation in Berlin die Veranstaltung der Stiftung Anerkennung und Hilfe mit dem Titel "Zeit, über das Leid zu sprechen" statt. Auf der Veranstaltung wurde über die Geschehnisse in der Vergangenheit in den Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie gesprochen sowie über die Unterstützung, die die Stiftung Anerkennung und Hilfe leisten kann. Betroffene berichteten von ihren Erfahrungen und erste Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung wurden vorgestellt.

Der Vortrag von Prof. Fangerau mit den bisherigen Forschungsergebnissen steht unter

<http://www.stiftung-erkennung-und-hilfe.de/DE/Aufarbeitung/Zwischenergebnisse/zwischenenergebnisse.html> zum Download bereit.

Die gesamte Veranstaltung wurde aufgezeichnet und steht in drei Teilen online zur Verfügung:

<http://www.stiftung-erkennung-und-hilfe.de/DE/Aufarbeitung/Veranstaltung/veranstaltung.html> .

5. Literaturhinweis: Neue Studie zu Medikamentenversuchen an Heimkindern in Niedersachsen veröffentlicht

Am 8. Januar 2019 erschien der Abschlussbericht „Medikamentenversuche an Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Heimerziehung in Niedersachsen zwischen 1949 und 1978“ von Dr. Sylvelyn Hähner-Rombach und Dr. des. Christine Hartig. Die 170 Seiten umfassende Studie war vom Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in Auftrag gegeben worden und bildet das Ergebnis eines zweijährigen Forschungsprojekts.

Ausgewertet wurden unter anderem Veröffentlichungen zu Arzneimittel- und Impfstudien, Dokumente aus Firmenarchiven und Akten aus staatlichen Einrichtungen des Landes Niedersachsen aus. Der Abschlussbericht steht unter

http://www.ms.niedersachsen.de/download/141754/Endbericht_Medikamenten-_und_Impfversuche_an_Kindern_und_Jugendlichen_.pdf zum Download zur Verfügung.

Stuttgart, 1. Juli 2019

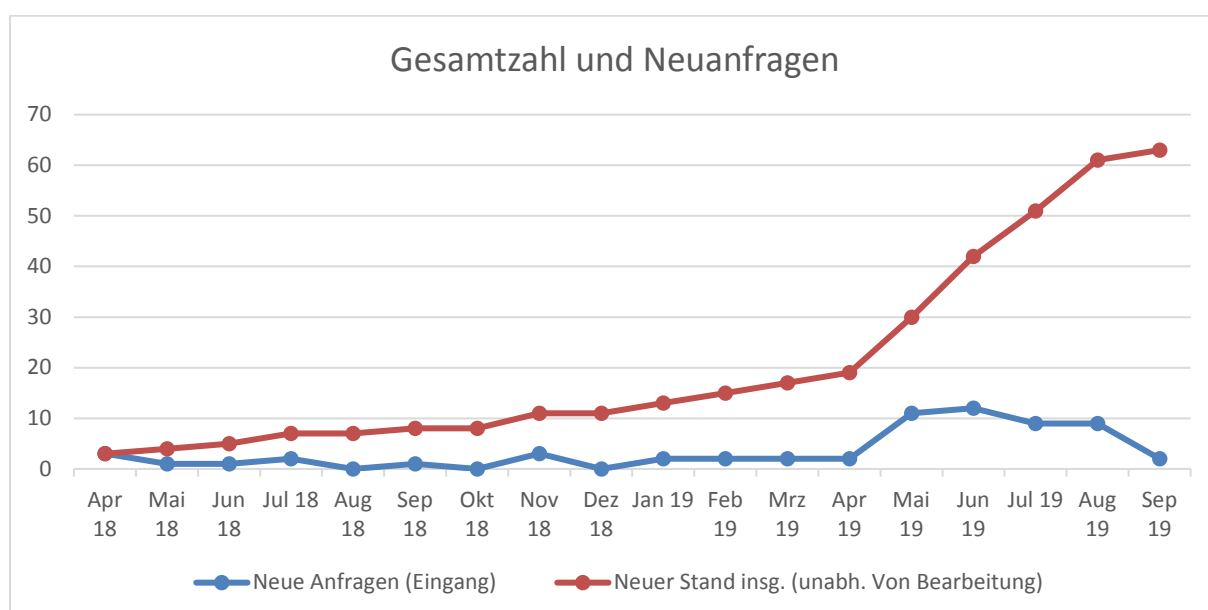
Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden- Württemberg 1949-1975

Newsletter 02/2019

1. Entwicklung der Anfragen Betroffener

Seit Januar 2019 laufen die Recherchen für Menschen, die in der Nachkriegszeit in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie untergebracht waren. Mit den ermittelten Nachweisen und Akten können Betroffene mit Unterstützung der regionalen Anlaufstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe Leistungen der Stiftung beantragen. Bisher sind im Projekt 63 Anfragen eingegangen. 40 dieser Recherchen konnten bereits erfolgreich abgeschlossen werden, wobei für 17 Betroffene neben den Nachweisen auch Akten ermittelt werden konnten. Beinahe die Hälfte der Betroffenen äußerten Interesse daran, weitere Unterlagen zu bekommen. Annähernd alle Betroffenen, für die wir recherchieren, möchten Leistungen aus der Stiftung Anerkennung und Hilfe beantragen. Nur in wenigen Fällen war bisher ein Nachweis des Aufenthalts nicht möglich oder der Aufenthalt lag außerhalb des Zeitraumes von 1949 bis 1975. Als Herausforderung kristallisiert sich heraus, dass Betroffene häufig den Besuch der Schule nachweisen können, z.B. Schulen für Gehörlose, nicht aber, dass sie in den zugehörigen Internaten gelebt haben. Die stationäre Unterbringung wiederum ist eine Voraussetzung, um Mittel der Stiftung in Anspruch zu nehmen.

Die Hälfte der Anfragen erreicht uns über Anlaufstellen der Stiftung. Mit knapp einem Drittel der Betroffenen oder ihren Angehörigen stehen die Projektmitarbeiterinnen in persönlichem Kontakt. Im Durchschnitt erhält das Projekt derzeit knapp 10 Anfragen pro Monat. Die große Mehrheit derjenigen, für die recherchiert wird, sind gehörlos. Die jüngsten Betroffenen sind in den 1970er Jahren geboren, die ältesten in den 1930er Jahren.



2. Informationsveranstaltungen

Um weitere Betroffene zu erreichen und über die Möglichkeiten der Antragsstellung zu informieren, führt das Dokumentationsprojekt in Zusammenarbeit mit der Anlaufstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe Informationsveranstaltungen durch. Die erste Veranstaltung fand am 18. September 2019 im Stuttgarter Rathaus in Kooperation mit dem Büro der Behindertenbeauftragten der Landeshauptstadt Stuttgart statt.



Knapp 20 Gäste nutzten die Gelegenheit, um sich über das Angebot des Landesarchivs und der Stiftung zu informieren. Stuttgarts Sozialbürgermeisterin Dr. Alexandra Sußmann begrüßte die Gäste im großen Sitzungssaal des Rathauses und sprach von den Erfahrungen derjenigen, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie Leid und Unrecht erlebt haben. Nastasja Pilz stellte das Angebot des Landesarchivs vor, Frank Hapatzky die Arbeit der Stiftung und der regionalen Anlaufstelle. Im Anschluss an die Vorträge ließen sich in einer offenen Fragerunde noch einige Punkte klären. Zum Beispiel, dass die Aktensuche keine notwendige Voraussetzung für eine

Antragstellung bei der Stiftung ist. Einfache Aufenthaltsnachweise reichen stets aus. Von Seiten der Anlaufstelle wurde erläutert, dass die Leistungen auch im Falle einer Privatinsolvenz ausgezahlt werden könnten.

Drei weitere Informationsveranstaltungen sind geplant. Die nächste wird am 30. Oktober um 15 Uhr im Generallandesarchiv in Karlsruhe stattfinden, die darauffolgende am 26. November im Staatsarchiv Sigmaringen.

3. Öffentlichkeitsarbeit – Wir bitten um Mithilfe!

Noch immer gibt es viele Menschen, die nicht von der Möglichkeit erfahren haben, Leistungen der Stiftung Anerkennung und Hilfe zu beantragen.

Besonders bei denjenigen Betroffenen, die bis heute Unterstützung benötigen, ist der Informationsbedarf hoch. Daher wenden wir uns heute mit einer Bitte an die Empfängerinnen und Empfänger dieses Newsletters. Sollten Sie Personen oder Stellen kennen, die als Multiplikatoren dienen können – Beratungsstellen, Einrichtungen, Betreuerinnen und Betreuer – leiten Sie gerne unseren Newsletter weiter. Sehr gerne verschicken wir auch unseren Flyer (online unter: <https://www.landesarchiv-bw.de/web/61032>). Bei Interesse wenden Sie sich bitte an nora.wohlfarth@la-bw.de.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

4. Erste Version des Verzeichnisses baden-württembergischer Einrichtungen online

Kenntnisse über die Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie, die zwischen 1949 und 1975 in Baden-Württemberg existierten, sind unabdingbar. Zum einen für die Ermittlung von Nachweisen und Akten, zum anderen für die Einschätzung, ob Betroffene anspruchsberechtigt sind. Die uns bisher bekannten Einrichtungen finden sich in dem Verzeichnis der stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie für Kinder- und Jugendliche in Baden-Württemberg 1949-1975.

Das Verzeichnis enthält neben Angaben zu der Einrichtung – Name, Ort, Gründung (und Schließung), Trägerschaft – Angaben über die Aktenlage und entsprechende Ansprechpartner. Seit dem 9. August ist eine erste Version des Verzeichnisses unter <https://www.landesarchiv-bw.de/web/64908> zum Download bereit. Das Verzeichnis wird ständig aktualisiert. Mit Rückmeldungen zu dem Verzeichnis wenden Sie sich gerne an nastasja.pilz@la-bw.de oder nora.wohlfarth@la-bw.de.

5. Literaturhinweise

1. Macht und Gewalt – Tabuisierte Realitäten in der Behindertenhilfe

Die im Juli 2019 erschienene Publikation „Macht und Gewalt – Tabuisierte Realitäten in der Behindertenhilfe“ nimmt unmittelbar auf die Einrichtung der Stiftung Anerkennung und Hilfe Bezug. Udo Sierck, lange Redaktionsmitglied der „Krüppelzeitung,“ berichtet engagiert über Erfahrungen von Gewalt und Leid von Menschen mit Behinderung in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie. Das Buch enthält neben einem wissenschaftlichen Teil auch praktische Hinweise zu Beratung und Hilfe. Neben der historischen Darstellung der Behindertenhilfe ab 1945 beschäftigt er sich außerdem mit dem Behindertenbild in der Öffentlichkeit.

Udo Sierck: Macht und Gewalt – Tabuisierte Realitäten in der Behindertenhilfe. Weinheim 2019. 148 Seiten. Preis: 16,95€

2. Abschlussbericht Fonds Heimerziehung

Der Abschlussbericht der Lenkungsausschüsse der Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ und „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ ist im August 2019 erschienen. Der Bericht thematisiert die Hintergründe der Einrichtung der beiden Fonds und ihre Durchführung sowie Hinweise auf präventive Maßnahmen in der Jugendhilfe.

Der Bericht ist online verfügbar:

<https://www.bmfsfj.de/blob/137722/36ce82cf91fd7db8dae03a854e93d99a/abschlussbericht-lenkungsausschuesse-der-fonds-heimerziehung-data.pdf>

Stuttgart, 1. Oktober 2019

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden- Württemberg 1949-1975

Newsletter 01/2020

1. Letzte Informationsveranstaltung in Südbaden

Am 5. Februar 2020 lädt das Landesarchiv Baden-Württemberg gemeinsam mit dem VdK Sozialverband Stuttgart e. V. zur letzten von insgesamt vier Informationsveranstaltungen nach Freiburg ein. Die Veranstaltung richtet sich an Betroffene gleichsam wie an Einrichtungen, Träger, Verbände und Betreuungspersonen. Sie informiert über die Abläufe und Möglichkeiten zur Antragstellung bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe und zu den Unterstützungsmöglichkeiten des Landesarchivs. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Beauftragten für die Belange behinderter Menschen der Stadt Freiburg statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Veranstaltung ist barrierefrei.

Zeitpunkt der Veranstaltung: Mittwoch, 05.02.2020, 15:00 – 17:00 Uhr

Ort: Rathaus im Stühlinger (Großer Sitzungssaal), Fehrenbachallee 12, 79106 Freiburg

2. Überprüfung fehlerhafter Diagnosen

Vertrauenspersonen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Leitenden Klinikärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie (BAG KJPP) und der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, psychosomatik und -psychotherapie e.V. (DGKJP) überprüfen auf Wunsch kostenfrei Diagnosen, die ehemals in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie gestellt wurden. Dies umfasst eine (Neu-)Bewertung aus heutiger Sicht, eine schriftliche Stellungnahme und damit einen Beitrag zur individuellen Aufarbeitung. Es handelt sich hierbei nicht um eine Leistung der Stiftung, sondern um ein freiwilliges Angebot der BAG KJPP und der DGKJP.

In der Vergangenheit wurden in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie den dort untergebrachten Kindern und Jugendlichen teilweise fehlerhafte Diagnosen ausgestellt beziehungsweise solche, die auch schon damals nicht dem Stand der Wissenschaft entsprachen. Diese Diagnosen haben sich bei den untergebrachten Kindern und Jugendlichen tief eingepreßt und konnten einen negativen Einfluss auf ihr gesamtes weiteres Leben haben.

Bei Interesse an einer Stellungnahme zu einer ehemals gestellten Diagnose haben, können Betroffene sich entweder an die regionale Anlauf- und wenden oder sich direkt an einen Ansprechpartner der BAG KJPP beziehungsweise der DGKJP wenden. Eine Auflistung aller Vertrauenspersonen findet sich unter: www.stiftung-erkennung-und-hilfe.de/SharedDocs/Downloads/DE/vertrauenspersonen.pdf?__blob=publicationFile&v=1

3. Mitarbeiterinnen stellen sich vor

Diesen Newsletter möchten wir gerne zum Anlass nehmen, uns als Mitarbeiterinnen des Dokumentationsprojekts Zwangsunterbringung persönlich vorzustellen:



Nastasja Pilz (li.): Nastasja Pilz, geboren 1983 in Stuttgart, Studium der Geschichte, Politik und Sprachwissenschaft in Heidelberg und Granada/Spanien, seit 2013 im Landesarchiv Baden-Württemberg zunächst im Projekt zur Aufarbeitung der Kinderheimerziehung beschäftigt; seit 2019 Mitarbeiterin im Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung

Meine Motivation: „Historisches und archivarisches Arbeiten erreicht in vielen Fällen nur eine kleine interessierte Zielgruppe. Mit unseren Aufarbeitungsprojekten gelingt uns seit Jahren ein Ausbruch aus gewohnten Pfaden. Dass Archivbestände nicht nur interessant sind, sondern für manche Menschen lebensverändernd sein können, da sie eine Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit ermöglichen, ist dabei für mich eine wichtige Erkenntnis. Am meisten beeindruckt hat mich die große Dankbarkeit, die mir regelmäßig in meiner Arbeit entgegenkommt. Dass wir Betroffenen zuhören und Glauben schenken, die Anliegen ernst nehmen und biografische Puzzleteile zu Tage fördern, macht einen wertvollen Unterschied, den ich mir zu Projektbeginn nicht vorstellen konnte.“

Nora Wohlfarth (re.): Nora Wohlfarth, geboren 1985 in Kassel, Studium der Geschichte, Politik- und Religionswissenschaft in Heidelberg und Aarhus/Dänemark; 2014 beim Projekt zur Heimerziehung dazugestoßen; seit 2019 ebenfalls Mitarbeiterin im Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung

Meine Motivation: „Das Wort, das mich bei der Stellensuche nach dem Studium beschäftigt hat, war *Vermittlung*. In beiden Projekten habe und hatte ich die Gelegenheit, zu vermitteln. Ich vermittele den Betroffenen die Ergebnisse meiner Recherchen: Akten, Daten, Informationen über und auch Kontakt zu Familienangehörigen. Andererseits vermitteln wir unsere Erkenntnisse auch nach außen. Viele Menschen interessieren sich für die Erlebnisse von Menschen, die in der Nachkriegszeit als Kinder Leid in verschiedenen Einrichtungen erlebt haben. Nicht zuletzt ist Vermittlung auch im diplomatischen Sinne manchmal nötig und ich freue mich, wenn meine Arbeit dazu beitragen kann, zwischen Betroffenen und aktenführenden Stellen erfolgreich zu vermitteln.“

4. Initiative zur Aufarbeitung der Schicksale der „Verschickungskinder“

Nach den ehemaligen Heimkindern und Kindern in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie rückt seit einigen Monaten eine weitere Anspruchsgruppe in den Fokus der Öffentlichkeit. In den 1950er und 60er Jahren wurden jährlich tausende Klein- und Schulkinder zu in der Regel 6-8wöchigen Erholungskuren z. B. an die Nordsee oder in den Schwarzwald verschickt. Die eigens dafür ausgerichteten Erholungs- und Kurheime zielten darauf ab, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Unterernährung und Mangelerscheinungen von Großstadtkindern der Nachkriegszeit zu beheben.

Auch in diesen finanziell und personell äußerst knapp ausgestatteten Heimen litten Kinder in vielen Fällen unter Gewalt, Zwang und Demütigungen. Heute melden sie sich zu Wort und fordern neben Entschädigungszahlungen eine systematische Aufarbeitung auch dieses Kapitels der bundesdeutschen Geschichte.

Anja Röhl, Autorin und selbst Betroffene, sammelt seit 2019 Erfahrungsberichte und hat eine Initiative ins Leben gerufen, in der sich Betroffene austauschen, vernetzen und ihr Anliegen vorantreiben können.

Mehr Informationen zur Initiative von Frau Röhl finden Sie unter: <http://verschickungsheime.de/>
Kontakt: info@verschickungsheime.de

Bericht von Report Mainz zum Thema:

<https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/videosextern/wie-kinder-in-kurheimen-systematisch-misshandelt-und-gedemuertigt-wurden-102.html>

Stuttgart, 7. Januar 2020



Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden- Württemberg 1949-1975

Newsletter 02/2020

1. Letzte Informationsveranstaltung in Südbaden

Mit einer sehr gut besuchten Informationsveranstaltung im Freiburger Rathaus im Stühlinger endete am 5. Februar die Reihe der Veranstaltungen von Landesarchiv und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe. In Stuttgart, Karlsruhe, Sigmaringen und Freiburg haben wir gemeinsam die Möglichkeiten der Stiftung und das Rechercheangebot des Landesarchivs vorgestellt. Mehr als bisher waren in Freiburg Betroffene anwesend und berichteten von ihren Erfahrungen. Erfreulich war auch die Zusammenarbeit mit den regionalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung. Über sie konnten wir zahlreiche Menschen erreichen.



Das Angebot wurde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie verschiedener Beratungsstellen in Anspruch genommen. Wir hoffen, dass sie als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wirken und die Angebote weitertragen. Die Veranstaltungen bestätigten leider auch die bisherigen Erfahrungen: Es ist schwierig, diejenigen Betroffenen zu erreichen, die noch nicht von der Stiftung Anerkennung und Hilfe wissen. Bei Interesse kontaktieren Sie uns daher gerne und wir kommen auch zu Ihnen in die Einrichtung, Schule, Klinik oder Beratungsstelle.

2. Flyer in Leichter Sprache

Noch bis Ende 2020 können sich Betroffene bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe melden und Mittel aus der Stiftung sowie Rentenersatzleistungen beantragen. Diese Zeit möchten wir nutzen. Die

Angebote der Anlaufstelle und des Dokumentationsprojekts Zwangsunterbringung des Landesarchivs präsentieren wir Ihnen daher nun auch in einem Flyer in Leichter Sprache.



Wie war es früher?

Früher haben Menschen gemeinsam in Einrichtungen gewohnt. Zum Beispiel in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Oder in der Psychiatrie. Früher heißt: nach dem Zweiten Welt-Krieg.

Menschen haben dort verschiedene Dinge erlebt:

- Zusammensein
- Unterstützung und Hilfe
- Freizeit

Es hat auch schlechte Erfahrungen gegeben:

- Schläge
- Missbrauch
- Angst
- keine Schul-Ausbildung
- keine Berufs-Ausbildung
- wenig Geld

Info-Heft in Leichter Sprache

Dokumentations-Projekt

Zwangsunterbringung

Hilfen für Opfer
Kinder und Jugendliche in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg zwischen 1949 und 1975.

Auf Anfrage schicken wir Ihnen den Flyer in Leichter Sprache gerne zu (auch digital). Schreiben Sie dazu einfach eine E-Mail an nora.wohlfarth@la-bw.de. Dasselbe gilt natürlich auch für den Flyer in Schwerer Sprache. Über Rückmeldungen zu beiden Informationsangeboten freuen wir uns.

Auch von der Stiftung Anerkennung und Hilfe gibt es [Informationsmaterial in Leichter Sprache](#).

3. Weitere Aufarbeitungsinitiativen

Eine neue regionale Aufarbeitungsinitiative kommt aus der Stiftung St. Franziskus in Heiligenbronn. Mit Bezugnahme auf die Stiftung Anerkennung und Hilfe bekennen die Franziskanerinnen sich zu ihrer Verantwortung „für Gewalt- oder Missbrauchserfahrungen ehemaliger Kinder und Jugendlicher in der Heimerziehung nach dem Zweiten Weltkrieg.“ Das Kloster und die Stiftung St. Franziskus möchten Betroffene „die größtmögliche Unterstützung“ bieten und helfen daher bei der Aktenrecherche und stellen Bescheinigungen über den Aufenthalt aus. Auf [dieser Seite](#) finden Sie das Statement der Stiftung sowie die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Diejenigen, die das möchten, können mit einer Vertreterin oder einem Vertreter der Stiftung über ihre Erfahrungen und Erlebnisse sprechen.

4. Medienschau: Medikamentenvergabe in Kinderheimen

Das Thema Medikation in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie sowie in Einrichtungen der Jugendhilfe wird seit einigen Jahren intensiv erforscht. Einen wichtigen Durchbruch bedeutete die Dissertation der Pharmazeutin Sylvia Wagner. Sie hat zeitgenössische Studien von Pharmaunternehmen ausgewertet und konnte zahlreiche Tests an Kindern und Jugendlichen nachweisen. Im Januar dieses Jahres gab sie dem Recherchenetzwerk *Correctiv* ein Interview: Dort sagt sie gleich zu Beginn deutlich, dass Medikamententests häufig in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie durchgeführt worden seien. Das gesamte Interview finden Sie [hier](#).

Ein weiterer Beitrag zum Thema ist beim SWR entstanden. In der Dokumentation "[Versuchskaninchen Heimkind](#)" (03.02.2020) kommen mehrere Betroffene zu Wort, die Opfer von Medikamentenvergabe wurden. An einigen Beispielen werden personelle Kontinuitäten aus der NS-Zeit thematisiert und Beispiele für Ärzte genannt, die trotz ihrer Beteiligung an der Ermordung behinderter Menschen in der Nachkriegszeit weiter praktizieren und forschen konnten.

Bundesweit gibt es weitere Forschungsprojekte zu diesem Thema, unter anderem aktuell in Schleswig-Holstein. Das Forschungsprojekt [Medikamentenversuche in Psychiatrien und Heimen Schleswig-Holsteins 1949 bis 1975](#) der Universität Lübeck (Leitung: Prof. Dr. Cornelius Borck und Dr. Christof Beyer) arbeitet die die Praxis von Medikamentenversuche in schleswig-holsteinischen Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie in den Erwachsenen-, Kinder- und Jugendpsychiatrien in den Jahren 1949-1975 auf. Der [Zwischenbericht](#) wurde Anfang Januar 2020 vorgestellt.

Eine regionale Studie für Baden-Württemberg über Medikamententests steht noch aus. Auf die Veröffentlichung der Studie aus Niedersachsen haben wir in unserem ersten Newsletter bereits hingewiesen. Die bisherigen Newsletter finden Sie [hier](#).

Stuttgart, 17.03.2020

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden-Württemberg 1949-1975 Newsletter 03/2020

1. Neues Einrichtungsverzeichnis online

Das Verzeichnis der Einrichtungen der stationären Behindertenhilfe und Psychiatrie in Baden-Württemberg wurde im letzten halben Jahr aktualisiert und mit neuen Informationen angereichert. Die aktuelle Version (Stand: 06. Mai 2020) ist nun unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.landesarchiv-bw.de/media/full/64907>

Sollten Sie Einrichtungen vermissen oder auf fehlerhafte Angaben stoßen, geben Sie gerne Bescheid. Wir freuen uns über Ihre Mithilfe!

Erfasst sind mittlerweile 70 baden-württembergische Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche zwischen 1949 und 1975 im Rahmen der Behindertenhilfe oder zur Behandlung einer psychischen Erkrankung stationär untergebracht waren. Menschen, die in dieser Zeit Leid und Unrecht in diesen Einrichtungen erfahren haben, können noch bis Ende 2020 einen Antrag auf Anerkennungsleistungen bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe stellen.

2. Projektarbeit in Zeiten einer Pandemie

Auch das Landesarchiv Baden-Württemberg hat seit Ende März weitgehende Schutz- und Hygienemaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie umgesetzt. Die Mitarbeiterinnen des Dokumentationsprojekts arbeiteten seitdem weitgehend im Homeoffice, sind und waren aber weiterhin uneingeschränkt für Betroffene da. Personenbezogene Recherchen werden weiterhin durchgeführt und alle Projektaufgaben erfüllt.

Die Auswirkungen der Pandemie spiegelten sich bedauerlicherweise in sinkenden Anfragenzahlen in der Projektstelle und bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe wider. Außerdem meldeten sich Betroffene telefonisch oder per Mail mit Berichten zu ihrer schwierigen aktuellen Situation und ihren teils existenziellen Sorgen zurück. Wir können daher Betroffene nur ermutigen, sich mit Anliegen oder Recherchewünschen zur Stiftung Anerkennung und Hilfe und zur Kinderheimerziehung trotzdem an uns zu wenden – persönliche Gespräche vor Ort sind im Landesarchiv in der Regel nicht notwendig, so dass keine Ansteckungsgefahr besteht.

In der Stuttgarter Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe beim Sozialverband VdK wurden die persönlichen Beratungsgespräche zum Schutz der Betroffenen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis Ende Juni ausgesetzt. Selbstverständlich werden alle Gespräche nachgeholt und ggf. auf flexiblere Lösungen (z. B. Beratungsgespräche per Telefon) umgestellt.

3. Neue Projekthomepage

Im Rahmen der Neugestaltung der Corporate Identity des Landesarchivs Baden-Württemberg wurde auch der Webauftritt des Dokumentationsprojekts zu Zwangsunterbringungen überarbeitet. Sie finden alle Informationen zum Projekt und zum Vorgängerprojekt über die Heimerziehung in Baden-Württemberg 1949-1975 weiterhin unter der URL: www.heimerziehung-bw.de. Schauen Sie doch einmal vorbei!

Neben hilfreichen Hinweisen zur eigenen Recherche zum Thema finden Sie hier auch Informationen über die Wanderausstellung „Verwahrlost und gefährdet? Heimerziehung in Baden-Württemberg 1949-1975“, zu unseren bisherigen Publikationen sowie Hinweise zu Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.

Auch unsere Projektflyer erstrahlen seit Mai nun im neuen aktuellen Design. Sie stehen ebenfalls auf der Homepage zum Download bereit und können jederzeit nachbestellt werden. Schreiben Sie uns einfach eine E-Mail.

4. Pressehinweise

In einem eindrücklichen Portrait berichteten die Badischen Neuesten Nachrichten am 7. Mai 2020 über das Thema Unrecht und Gewalt gegenüber gehörlosen Kindern und Jugendlichen. Eine Betroffene teilt schildert darin ihre von Leid und Demütigung geprägte Kindheit in einem Gehörloseninternat. Der Artikel ist unter folgendem Link abrufbar: <https://bnn.de/lokales/karlsruhe/zwischen-hoelle-und-grosser-fuersorge-gehoerlosen-paedagogik-damals-und-heute-heidelberg-neckargemuend>

Auch die Verbandszeitung des VdK berichtete in ihrer Juniausgabe über unser Projekt und die erfolgreiche Informationsveranstaltung in Freiburg vom 5. Februar 2020: https://www.vdk.de/bawue/pages/vdk-zeitung/78910/wichtige_infos_von_stiftung_anerkennung_und_hilfe_in_freiburg

5. Literaturtipp: Archive und Aufarbeitung

Neu erschienen ist am 1. Juni 2020 der Band „Archive und Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs“, herausgegeben von Sabine Andresen und Johannes Kistenich-Zerfaß. Über zehn Jahre nach den Enthüllungen der Missbrauchsskandale in Einrichtungen wie dem Berliner Canisius-Kolleg oder der Odenwaldschule nimmt das Buch Chancen, Grenzen und Herausforderungen der Archivarbeit in Aufarbeitungsprozessen in den Blick. Die Beiträge entstanden im Zusammenhang mit einer Tagung der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs und des Hessischen Landesarchivs am 27. März 2019 in Darmstadt. Der Band liefert u. a. wichtige Impulse für die Rolle der Archive im Umgang mit Betroffenen und ihren Bedürfnissen nach persönlicher Aufarbeitung.

Auch das Landesarchiv Baden-Württemberg ist aufgrund seiner Erfahrungen mit der Aufarbeitung von Heim- und Zwangsunterbringungen mit zwei Beiträgen vertreten.

Der Band ist u. a. über die Homepage der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt zu beziehen: <https://www.hiko-darmstadt.de/>

Stuttgart, 01.07.2020

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden-Württemberg 1949-1975 Newsletter 04/2020

1. Laufende Aufarbeitungsprojekte und Forschung zu Medikamentenvergabe

Wir haben in diesem Newsletter bereits auf verschiedene Aufarbeitungsprojekte hingewiesen. Nun gibt es von der Forschungsgruppe der Stiftung Anerkennung und Hilfe eine [Übersicht](#) mit mehr als 50 laufenden und abgeschlossenen Forschungsprojekten, die sich mit Missständen in den Einrichtungen und Leiderfahrungen der Betroffenen beschäftigen. Ein Schwerpunkt der Forschung sind Studien, die sich mit einzelnen Einrichtungen befassen. Ein baden-württembergisches Beispiel ist die Initiative der [Paulinenpflege Winnenden](#). Die Geschichte der Einrichtung wird durch das [Institut für Geschichte der Medizin der Robert-Bosch-Stiftung](#) aufgearbeitet, Betroffene können sich sowohl bei einer Kontaktperson der Paulinenpflege als auch bei einer unabhängigen Vertrauensperson [melden](#). Ein anderes aktuelles Beispiel ist die [Studie zur Situation von Bremer Kindern und Jugendlichen in den stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie zwischen 1949 und 1975](#), erschienen im Februar 2020.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Erforschung der Vergabe von Medikamenten an Kinder in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe bis hin zu nachgewiesenen Arzneimittelversuchen. Nach der in [Newsletter 1/2019](#) erwähnten [Studie zu Medikamentenversuchen im Rahmen der Heimerziehung in Niedersachsen](#) ist zwischenzeitlich der [Zwischenbericht](#) der wissenschaftlichen Untersuchung für Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie der Erwachsenen-, Kinder- und Jugendpsychiatrien in den Jahren 1949 bis 1975 in Schleswig-Holstein erschienen. Die Ergebnisse der Forschungsgruppe „bestätigen eine umfangreiche Beteiligung mehrerer psychiatrischer Einrichtungen Schleswig-Holsteins an Prüfungen und Anwendungsstudien pharmazeutischer Produkte im Untersuchungszeitraum. [...]“ Auch in Kindererholungsheimen gibt es [erste Nachweise](#) für Arzneimittelversuche.

2. Aufruf: Letzte Chance

Die Laufzeit der Stiftung Anerkennung und Hilfe neigt sich dem Ende entgegen. Noch bis Ende des Jahres ist es möglich, sich bei der Stiftung zu melden und Mittel zu beantragen. Eine Anmeldung ist unkompliziert über die Telefonnummer 0711 61 95 6 76 oder per Mail an stiftung-erkennung-hilfe-bw@vdk.de möglich.

Nach wie vor melden sich eher wenige Betroffene bei der Stiftung an. Sollten Sie noch die Möglichkeit haben, in Ihrem Netzwerk zu informieren und Betroffene zu unterstützen, stellen wir sehr gerne Flyer (in Leichter und in schwerer Sprache) zur Verfügung. Gerne kommen wir mit Ihnen auch ins Gespräch. Schreiben Sie uns einfach eine E-Mail an heimerziehung@la-bw.de.

3. Veranstaltungshinweise

SAVE THE DATE: am 10. Juni 2021 wird das Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung im [Generallandesarchiv Karlsruhe](#) eine Abendveranstaltung zu den Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen in staatlichen Schulen für Kinder mit Sinnesbehinderungen durchführen. Weitere Informationen erfahren Sie in den kommenden Monaten in diesem Newsletter.

Wer sich für diese Schulen interessiert, findet in mehreren Abteilungen des Landesarchivs Bestände, z.B. aus der ersten Taubstummschule in Württemberg, der Johannes Wagner Schule in Nürtingen, deren [Unterlagen](#) im Staatsarchiv Ludwigsburg archiviert sind oder der dem heutigen SBBZ Luise von Baden, deren [Unterlagen](#) das Generallandesarchiv in Karlsruhe erst kürzlich übernommen hat.

AUSSTELLUNG UND VORTRAG

Ab dem 14. Oktober bis zum 11. Dezember wird im Grundbuchzentralarchiv in Kornwestheim die Wanderausstellung „Verwahrlost und gefährdet? Heimerziehung in Baden-Württemberg 1949-1975“ gezeigt. Die Ausstellung entstand beim Landesarchiv im Rahmen des [Projekts Heimerziehung \(2012-2018\)](#). Schon seit dem [Abschlussbericht des Runden Tisches Heimerziehung 2010](#) ist bekannt, dass viele der dort und auch in der Ausstellung thematisierten Missstände ebenso auf die Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie zutreffen.

Öffnungszeiten der Ausstellung:

Montag: 9 - 16 Uhr

Mittwoch und Freitag: 9 - 13 Uhr

Donnerstag: 9 - 18 Uhr

Die Ausstellung ist barrierefrei erreichbar.

Kontakt: Tel. 07154 17 820 500

Für Gruppen nach Vereinbarung.

Am Dienstag, 10.11.2020 um 16 Uhr wird es im Rahmen der Ausstellung einen Vortrag geben. [Dr. Cornelia Spörl](#) vom Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht in Freiburg spricht über: "Die strafrechtliche *Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder*. Rechtsentwicklung und aktuelle Reformdiskussion." Bei Interesse an dem Vortrag ebenso wie an einer Ausstellungsführung schreiben Sie bitte eine E-Mail an nora.wohlfarth@la-bw.de.

4. Medientipp „Crip Camp“

Einen Blick auf die Erfahrungen von Menschen mit Behinderung in den USA zeigt die Dokumentation „[Crip Camp](#),“ die bei Netflix zu sehen ist. Ausgehend von einem Feriencamp für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in den USA, durchgeführt von idealistischen jungen Menschen – „Hippies“ – folgt sie ihren Erfahrungen und ihren Kämpfen für Gleichberechtigung im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung. Auch eine stationäre Einrichtung der Behindertenhilfe in den 1970er Jahren wird gezeigt und es wird deutlich, dass es deutliche Parallelen gibt zu den in Deutschland diskutierten Missständen. Trotz des ernsten Themas ist es nicht zuletzt ein unterhaltsamer und ermutigender Film.

Stuttgart, 15.10.2020

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden-Württemberg 1949-1975 Newsletter 01/2021

1. Neuer Recherchatgeber online

In der Projektstelle wurden inzwischen 136 Anfragen bearbeitet und in den meisten Fällen erfolgreich Nachweise für den Antrag bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe ermittelt. Wer Interesse an Recherchen zu einem Aufenthalt in einer Einrichtung der Behindertenhilfe oder Psychiatrie hat, kann sich weiterhin bei der Projektstelle melden. Diese Recherchen sind auch unabhängig von einem Antrag bei der Stiftung möglich.

Für alle, die selber recherchieren möchten, gibt es den neuen [Recherchatgeber](#) des Landesarchivs. Mithilfe des Ratgebers können Interessierte eigenständig Nachweise und personenbezogene Akten ermitteln. Sie finden Hinweise, an welche Stellen Sie sich wenden können, welche Unterlagen dort vorhanden sein können und auch, was diese Unterlagen enthalten. Der Ratgeber enthält Vorlagen für das eigene Anschreiben. Er verweist auf die Verzeichnisse der [Kinder- und Jugendheime](#) und der [Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie](#). Wer sich über verschiedene Einrichtungen der Kinder- und Jugendfürsorge in der Nachkriegszeit informieren möchte, die nicht in diesen Verzeichnissen enthalten sind, findet eine Rechercheanleitung für die Suche nach Einrichtungen. Diese Anleitung kann auch für die Suche nach Erholungsheimen verwendet werden.

2. Verlängerung der Stiftung

Schon einige Zeit im Gespräch, jetzt umgesetzt: die Anmeldefrist für die [Stiftung Anerkennung und Hilfe](#) wurde bis zum **30. Juni 2021** verlängert. Verlängert wird ebenfalls die Bearbeitungszeit in den Anlaufstellen und das Stiftungsvermögen wurde aufgestockt. Mit der Verlängerung wird anerkannt, dass nicht zuletzt die Corona-Pandemie die Anmeldezahlen weit hinter den Zahlen der von Leid und Unrecht Betroffenen zurückgeblieben ist.

Nach wie vor gilt: Eine Anmeldung ist unkompliziert über die Telefonnummer 0711 61 95 6 76 oder per Mail an stiftung-erkennung-hilfe-bw@vdk.de möglich. Die Zahlen der Anmeldungen und damit auch die im Projekt unternommenen Recherchen sind Ende des vergangenen Jahres wieder gestiegen, bleiben aber auf niedrigem Niveau. Daher bleibt der Aufruf aktuell, in Ihrem Netzwerk über die Möglichkeiten der Anmeldung zu informieren – Vielen Dank dafür!

3. Veranstaltungshinweis für Kurzentschlossene

Am Mittwoch, dem 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, , bietet die [Stiftung St. Franziskus](#) Heiligenbronn gemeinsam mit der Stadt Schramberg um 19 Uhr in einem Livestream einen Vortrag an. Es geht um von den Nationalsozialisten als „lebensunwertes Leben“ bezeichnete Menschen. Vorstand Dr. Thorsten Hinz und Archivar Ewald Graf von der Stiftung St. Franziskus berichten vom Umgang mit angeblich „erbkranken“ und „geistesschwachen“ Menschen am Beispiel der Erziehungsanstalt Heiligenbronn. Neben der NS-Zeit wird es auch um die Kontinuitäten in die Nachkriegszeit gehen und um die bundesweiten juristischen und politischen Folgen in der Sicht auf Behinderung und Erkrankung. Dazu wurden erstmals alle Akten der betreuten Menschen aus dieser Zeit ausgewertet.

Für eine Teilnahme an dem [Vortrag „Der Umgang mit „lebensunwertem Leben“ in der NS-Zeit – Zwangssterilisierungen und Euthanasie in der Erziehungsanstalt Heiligenbronn und im Reich“](#) melden Sie sich bitte per E-Mail bei der Stadt Schramberg unter info@schramberg.de an.

4. Informations- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder

Für viele ehemalige Heimkinder gab es seit dem Ende der Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle des Fonds Heimerziehung in Stuttgart (hier finden Sie den [Abschlussbericht](#)) keine Möglichkeit mehr, sich niedrigschwellig Unterstützung für ihre spezifischen Erfahrungen aus der Zeit in den Einrichtungen zu suchen. Die Suche nach einem Therapieplatz erweist sich oft als schwierig. Nun gibt es in Stuttgart wieder eine [Informations- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder](#).

Die Anlaufstelle steht allen offen, die als Kinder in verschiedenen Einrichtungen untergebracht waren. Ihre Ansprechpartnerin ist Stefani Brenner.

Kontakt:

Schloßstraße 57B

70176 Stuttgart

Tel.: 0160 9054 4474

E-Mail: brenner@ombudschaft-jugendhilfe-bw.de

5. Weitere Studie über Gewalt in der Kinder- und Jugendpsychiatrie

In der Forschung über die Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie zwischen 1949 und 1975 spielt häufig das Thema Medikamentenvergabe eine große Rolle. Im letzten Jahr erschien in Bremen eine weitere Studie. Die Kulturwissenschaftlerin Gerda Engelbracht untersuchte die Situation von Bremer Kindern und Jugendlichen und auch ihre Studie fördert eine systematische Verletzung der Recherche behinderter und psychisch kranker Kinder und Jugendlicher – oder als solche wahrgenommene – zutage. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Stuttgart, 25.01.2021

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden-Württemberg 1949-1975 Newsletter 02/2021

1. Aktualisierung Einrichtungsverzeichnis:

Das Verzeichnis der Einrichtungen der stationären Behindertenhilfe und Psychiatrie in Baden-Württemberg 1949-1975 wurde noch einmal aktualisiert und mit neuen Informationen angereichert. Seit der letzten Veröffentlichung der Liste im März 2020 sind gut 25 Einrichtungen dazu gekommen, so dass mittlerweile 95 baden-württembergische Einrichtungen erfasst sind. Kinderpersonalakten sind nun für 14 weitere Einrichtungen ermittelt, für 20 weitere Einrichtungen sind Aufsichtsakten vorhanden sowie weitere Verwaltungsunterlagen. Die aktuelle Version (Stand: 16. April 2021) finden Sie [hier](#). Sollten Sie Einrichtungen vermissen oder auf fehlerhafte Angaben stoßen, geben Sie gerne Bescheid. Wir freuen uns wie immer über Ihre Mithilfe!

Achtung: Menschen, die in dieser Zeit Leid und Unrecht in diesen Einrichtungen erfahren haben, können noch bis 30. Juni 2021 einen Antrag auf Anerkennungsleistungen bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe stellen!

2. Vorstellung neue Mitarbeiterin

Diesen Newsletter möchten wir gerne zum Anlass nehmen, Corinna Keunecke als neue Mitarbeiterin des Dokumentationsprojekts Zwangsunterbringung vorzustellen:



Corinna Keunecke, geboren 1981 in Göttingen, Studium der Geschichte und der Kultur-anthropologie/ Europäischen Ethnologie in Göttingen und Toruń/Polen ist seit März 2021 beim Dokumentationsprojekt „Zwangsunterbringung“.

Meine Motivation:

„Mir ist es wichtig, als Historikerin dazu beizutragen, gesellschaftliche Missstände aufzuzeigen, aufzuarbeiten, zu analysieren und ihre Bedeutung für die Gegenwart sichtbar zu machen. Beim Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung ist dies in besonderer Weise der Fall. Es zeigt, dass in Archiven bewahrtes Wissen für Betroffene ein entscheidendes Mittel im Ringen um gesellschaftliche Anerkennung sowie den Erhalt von Stiftungsleistungen darstellt. Die Informationen und Akten helfen Betroffenen, ihre eigene Biographie besser zu verstehen und sich der eigenen Geschichte zu bemächtigen. Die Mischung aus Archivrecherche und Forschung einerseits sowie

Unterstützung der Betroffenen und Vermittlung in die Öffentlichkeit andererseits sind meiner Meinung nach einzigartig und machen für mich den Reiz dieser Stelle aus.“

3. Film zur Wanderausstellung:



Der Film zu unserer Wanderausstellung „Verwahrlost und gefährdet? Heimerziehung in Baden-Württemberg 1949 - 1975“ ist „im Kasten“. Nora Wohlfarth, Mitarbeiterin im „Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung“, wurde bei einer Führung durch die Ausstellung gefilmt. Der Film wird aktuell noch durch eine Übersetzung in Gebärdensprache ergänzt.

Sobald sie den Film ansehen können, werden wir Sie darüber informieren.

4. Veranstaltung am 10.6. zum Thema „Alltag in Gehörlosenschulen“

Ein Großteil der Betroffenen, die sich bisher bei der baden-württembergischen Anlaufstelle der Stiftung und bei uns gemeldet haben, sind gehörlos und haben in Internaten von Gehörlosenschulen nicht nur gute Erfahrungen gemacht. Mit diesen Erfahrungen möchten wir uns in einer Veranstaltung näher beschäftigen: am Donnerstag, 10. Juni 2021, werden wir in einer Online-Veranstaltung den Alltag in Gehörlosenschulen näher beleuchten. Eine Einladung werden wir in Kürze über diesen Verteiler verschicken. Für diese Veranstaltung suchen wir aktuell noch Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, wenn Sie uns dabei unterstützen können, wenden Sie sich gerne an Nora Wohlfarth:

Nora.wohlfarth@la-bw.de, Tel.: 0711 212 4241

5. Fernsehsendungen zum Thema „Verschickung“

Zwischen April und Juni 2021 werden bzw. wurden bei SCALA TV vier Sendungen zum Thema „Kinderverschickungen“ gesendet. Das Landesarchiv war bereits an einer Sendung beteiligt.

Sendetermine und Themen:

- Do 20.05. 19:00 Uhr: Wie beeinflusst das Trauma aus der Kindheit das Leben als Erwachsene?
- Mi 23.06. 19:00 Uhr: Was Trauer und Verschickung miteinander zu tun haben
- Do 29.07. 19:00 Uhr: Wo liegt unsere gesellschaftliche Verpflichtung heute?

Weitere Informationen dazu finden Sie bei [Scala TV](#) und dem [Verein zur Aufarbeitung der Kinderverschickungen Baden-Württemberg](#).

6. Neuerscheinungen zum Thema „Verschickungskinder“

In letzter Zeit sind gleich zwei neue Publikationen zum Thema Verschickung erschienen: Von der Journalistin und Autorin Hilke Lorenz, die sich bereits in mehreren Veröffentlichungen mit dem Einfluss von Kriegserlebnissen und dem Einfluss von totalitären Ideologien auf Kinder beschäftigt hat, stammt [„Die Akte Verschickungskinder. Wie Kinderheime für Generationen zum Albtraum wurden“](#).

Während in den letzten Jahren die Heimerziehung im Fokus der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit gestanden habe, hätten die Verschickungskinder zunächst geschwiegen, da ihre Aufenthalte in den Heimen zeitlich viel begrenzter waren als die oft langjährigen Heimaufenthalte ehemaliger Heimkinder. Man habe sie deshalb auch als vergleichsweise harmlos eingeordnet, so Lorenz. Doch in beiden Heimstrukturen, in Kinder- und Jugendheimen, in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie ebenso wie in Kurheimen, agierten Menschen aus Prinzip respektlos gegenüber Kindern, das dahinterstehende Kinder- und Menschenbild sei gleich gewesen. Lorenz lässt die Betroffenen in ihrem Buch ausführlich zu Wort kommen und untersucht die Bedingungen, unter denen die Verschickung zu einem Massenphänomen und einem lukrativen System werden konnte. Sie ordnet die Erfahrungen der Verschickungskinder in die bundesrepublikanische Nachkriegsgeschichte sowie in die Geschichte der Pädagogik und der Gesundheitsfürsorge ein.

Auch von Anja Röhl, eine der Koordinatorinnen der „Initiative Verschickungskinder“ auf Bundesebene, ist vor kurzem ebenfalls ein Buch zum Thema erschienen: „[Das Elend der Verschickungskinder: Kindererholungsheime als Orte der Gewalt.](#)“

Stuttgart, 28.04.2021

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden-Württemberg 1949-1975 Newsletter 03/2021



Bildbeschreibung 1: St. Josef, Schwäbisch Gmünd (Vorlage: Staatsarchiv Ludwigsburg)

1. Veranstaltungsrückblick

Am 10. Juni 21 hat das [Dokumentationsprojekt](#) gemeinsam mit dem [Generallandesarchiv Karlsruhe](#) zu einem Online-Themenabend: *Alltag in der "Anstalt" – Einblicke in Gehörlosenschulen in Baden-Württemberg in der Nachkriegszeit* eingeladen. Anlässlich der Tatsache, dass ein Großteil derjenigen, die sich bei der Anlauf- und Beratungsstelle der [Stiftung Anerkennung und Hilfe](#) gemeldet haben, gehörlos sind, wollten wir mehr über diese Erfahrungen hören.

Nach einer Begrüßung von Seiten der Projektstelle informierte Dr. Jürgen Treffeisen, stellvertretender Leiter des Generallandesarchivs über die vielfältigen Möglichkeiten, das Archivgut des Landesarchivs zu nutzen, nicht zuletzt für Recherchen über die eigene Biografie. Denn: Archive stehen allen offen. Über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten den Vorträgen und tauschten sich im Chat aus und folgten dem Gespräch mit den beiden Zeitzeuginnen Mutter und Tochter Edith und Patricia Wahl, moderiert von Evelyne Rochus-Hamlin von der Beratungsstelle der Stiftung.

Edith Wahl war in der damaligen „Heimsonderschule für Gehörlose und Schwerhörige“, heute das SBBZ Hören und Sprechen der [Stiftung St. Franziskus Heiligenbronn](#). Sie berichtete von schlechtem Essen, dass die Kinder gezwungen waren aufzuessen, auch wenn sie es erbrechen mussten. Von viel Arbeit – putzen und Kinderbetreuung – statt einer guten Ausbildung. Von einem straff organisierten Alltag, beginnend um 5.30.

Die Erinnerungen von Patricia Wahl zeigten, dass nur manches davon sich geändert hat. Auch sie berichtete von Gewalt. Von Schlägen, aber auch von Grenzüberschreitungen und einem Mangel an Privatsphäre. In ihrer Zeit in der Gehörlosenschule St. Josef in Schwäbisch Gmünd, dem heutigen [BBZ Hören und Kommunikation St. Josef](#), durfte sie im Gegensatz zu ihrer Mutter an den Wochenende nach Hause. Die Abende vor der Rückkehr waren für sie schlimm, da sie sich in der Schule dagegen wehren musste, kleingemacht zu werden. Beide erlebten, dass die Schülerinnen und Schüler nicht gebärden durften. Bis in die 1980er Jahre hinein lag der Schwerpunkt auf der Sprachvermittlung, in einer Form, die sie als einschränkend erlebten. Der lautsprachliche Unterricht war im schlimmsten

Fall schmerzhaft. Der Schwerpunkt des Gesprächs waren ihre Erfahrungen in der Nachkriegszeit, aber auch das Thema Zwangssterilisation von Gehörlosen in der NS-Zeit wurde angesprochen.

Vieles deckte sich mit dem, was Prof. Dr. Hennies (PH Heidelberg) in seinem Vortrag berichtete. Aus historischer Perspektive sprach er über den pädagogischen Alltag, Gebärdensprachverbot und Dominanz der lautsprachlichen Methode. Auch Hennies machte deutlich, dass der lautsprachliche Unterricht an sich grenzüberschreitend war und ist. In guten pädagogischen Beziehungen könne das zu einem gewissen Grad aufgefangen werden, damals war dies nicht der Fall.



Bildbeschreibung 2: Screenshots der Veranstaltung am 10. Juni in Karlsruhe.

Die Veranstaltung endete mit viel Dank für die Vortragenden und vor allem die beiden Zeitzeuginnen, die bereit waren, diese persönlichen Geschichten in dieser großen Runde zu teilen. Im Chat gab es außerdem noch eine kleine archivfachliche Diskussion zu den Unterlagen aus den Gehörlosenschulen und es wurden [Tipps](#) ausgetauscht, um das Thema im Unterricht zu behandeln. Die Veranstaltung wurde synchron in Deutsche Gebärdensprache (DGS) übersetzt.

2. Neues digitales Angebot: Video-Führung durch die Heimerziehungs-Ausstellung mit Übersetzung in Deutscher Gebärdensprache

Man merkt: Gebärdensprache war der Schwerpunkt der letzten Monate. Wir freuen uns also sehr, ein Produkt aus dem vergangenen [Projekt Heimerziehung \(2012-2018\)](#), die [Wanderausstellung](#), nun mit einer Übersetzung in DGS zugänglich zu machen. In der [Nachricht auf unserer Homepage](#), finden Sie weitere Informationen. Beide Videos sind im YouTube-Kanal des Landesarchivs veröffentlicht:

- Link: [Video Führung mit Übersetzung](#)
- Link: [Video-Führung ohne Übersetzung](#)

3. Veranstaltungshinweise

Das Dokumentationsprojekt neigt sich bereits langsam seinem Ende entgegen. Am 07. April 2022 wird die Abschlussveranstaltung in Stuttgart stattfinden. Weitere Informationen werden wir in diesem Newsletter und auf unserer Homepage veröffentlichen.

Am 20. Juli um 16 Uhr bietet Nora Wohlfarth im [Grundbuchzentralarchiv](#) vor Ort eine [Führung](#) durch die Ausstellung an. Um 18 Uhr schließt eine [Online-Führung](#) an. Für die Führung vor Ort bitten wir um Anmeldung unter gbza@la-bw.de.

In der Sendereihe „Kinderverschickungen“ des [Vereins Aufarbeitung Kinderverschickungen Baden-Württemberg e.V.](#), steht die vierte und letzte Veranstaltung an: Am 29. Juli um 19 Uhr sprechen Dr. Susanne Heynen (Jugendamt Stuttgart), Sebastian Altemüller (Sozialministerium Baden-Württemberg), Andrea Weyrauch (Initiative Verschickungskinder Baden-Württemberg), Hilke Lorenz (Stuttgarter Zeitung) und Nora Wohlfarth über die Frage „Wo liegt unsere gesellschaftliche Verpflichtung heute?“ Alle Veranstaltungen finden Sie auf der [Homepage von Scala TV](#).

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden-Württemberg 1949-1975 Newsletter 04/2021



©Marco Verch

1. **Save the date! Abschlussveranstaltung am 30.03.2022**

Das Dokumentationsprojekt neigt sich immer deutlicher seinem Ende entgegen, denn das Projekt ist befristet bis 30.04.2022. Am **30.03.2022** wird die Abschlussveranstaltung in Stuttgart stattfinden. (**Achtung!** Im letzten Newsletter hatten wir einen anderen Termin genannt!)

Während es am Vormittag um die Strukturen und die Situation von Betroffenen in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie von 1949 - 1975 gehen wird, beschäftigen wir uns am Nachmittag mit Fragen der Aufarbeitung: Wie kann diese gelingen und was können Archive dazu beitragen?

Im Rahmen dieser Veranstaltung werden wir auch ein Internetportal zum Thema, an dem wir zurzeit fleißig arbeiten, freischalten und der Öffentlichkeit präsentieren. Dieses wird in das landeskundliche Informationssystem des Landesarchivs Baden-Württemberg, kurz: [LEO-BW](#), eingebunden sein.

Weitere Informationen hierzu werden wir in unserem nächsten Newsletter und auf unserer Homepage veröffentlichen.

2. **Stiftung Anerkennung und Hilfe: Abschlussbericht der wissenschaftlichen Kommission veröffentlicht**

Am 14.10.2021 stellte die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ bei einer Veranstaltung den wissenschaftlichen Abschlussbericht der von der Stiftung beauftragten Wissenschaftler*innen vor.

Die Forschungsgruppe untersuchte die Unterbringungssituation von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie in der BRD (1949 - 1975) und der DDR (1949 - 1990). Ziel war es, die Leid- und Unrechtserfahrungen intensiv zu beleuchten und zu erfassen sowie Art und Umfang der Geschehnisse nachvollziehbar zu machen.

Heiner Fangerau führte in seinem Vortrag aus, dass es – im Zeitraum von 1949 bis 1975 – mehr Übereinstimmungen als Unterschiede zwischen der BRD und der DDR gab. In der BRD besserte sich die Situation in den Einrichtungen ab Mitte der 1970er Jahre, während sie in der DDR bis 1989 im Wesentlichen unverändert fortbestand.

Unterschiedlichste Formen der Gewalt waren über den gesamten Untersuchungszeitraum und in allen untersuchten Einrichtungen weit verbreitet. Heiner Fangerau führte in einem Vortrag drei Bereiche näher aus: Als ersten Bereich nannte er die **Unterversorgung** der Bewohner*innen der Einrichtungen. Einrichtungen waren, vor allem in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, in beiden deutschen Staaten nur in unzureichender Zahl vorhanden. Dies führte dazu, dass Kinder und Jugendliche oftmals in Großanstalten untergebracht wurden; behinderte Kinder wurden oft auch in psychiatrischen Einrichtungen verwahrt, teils auch unter Erwachsenen. Die Einrichtungen waren chronisch unterfinanziert, es herrschte personelle Not, Raumnot und ein Sanierungsstau. Weit verbreitet war ein großes Desinteresse am Schicksal der Menschen, was sich in der Abgeschlossenheit der meisten Einrichtungen auch räumlich manifestierte. Die Beschulung insbesondere von behinderten Kindern wurde oft als nachrangig oder gar als verzichtbar betrachtet. Das Personal der meisten Einrichtungen war nicht oder nicht ausreichend qualifiziert. All diese strukturellen Mängel führten zu all den Formen der Gewalt, die es auch im Kontext der Heimerziehung gab, so Fangerau. Er betonte allerdings, dass es immer individuelle Handlungsspielräume der Mitarbeiter*innen gab.

Als zweiten Bereich nannte er **fehlende Bildungs- und Förderchancen** der in den Einrichtungen untergebrachten Menschen. Diese resultierten zum einen aus der oftmals fehlenden Abgrenzung zwischen Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie, durch lange Unterbringungen in Einrichtungen, die nicht für einen Langzeitaufenthalt ausgelegt waren sowie durch die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen für Erwachsene. All diese so genannten „Fehlplatzierungen“ und unscharfe Sammelbegriffe und Diagnosen führten dazu, dass man dem einzelnen Menschen mit seinen Begabungen, seinen Einschränkungen und seinem Förderbedarf in den Einrichtungen nicht gerecht wurde. Hinzu kam, dass für sogenannte „bildungsunfähige Kinder“ bis Anfang der 1970er Jahre keine oder kaum eine Förder- und Ausbildungsmöglichkeit zur Verfügung standen; hierbei ist bemerkenswert, dass es bis zu diesem Zeitpunkt kaum Unterschiede zwischen den beiden deutschen Ländern gab.

Entsubjektivierung wurde von Heiner Fangerau als dritter Bereich aufgeführt. Diese zeigte sich allgemein in einer fehlenden Wertschätzung der Menschen und konkreter darin, dass es für die Menschen in den Einrichtungen kaum eine Möglichkeit der Teilhabe gab und dass starke „Verdinglichungsprozesse“ wirksam waren. Das Kind wurde zumeist nicht als Subjekt wahrgenommen, sondern war Objekt der Erziehung zur Selbstdisziplinierung und sollte sich vor allem möglichst gut in den Alltag der Anstalt integrieren. Reizarmut, also mangelnde Förderung, prägte den Alltag der Bewohner*innen der Einrichtungen entscheidend. Zur Ruhigstellung wurden auch Medikamente verabreicht. Die Medikamente waren überdosiert, ihre Gabe oft unverhältnismäßig; als Grund für die Medikamentengabe wurde von den Mitarbeitenden offen die Reduktion des pflegerischen Aufwandes angegeben. So fand ganz überwiegend nur eine Verwahrung der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen statt. Eine Schädigung des Kindeswohls erfolgte durch aktives Tun, aber auch durch Unterlassung.

Abschließend benannte Heiner Fangerau die oftmals fehlende Verantwortungsübernahme der Einrichtungen wie auch der ehemaligen Mitarbeitenden als Kern der Problematik der Aufarbeitung.

Bei der seinen Vortrag anschließenden Möglichkeit, Fragen zu stellen, wurde von ihm auf den [Rechercheratgeber](#) des Landesarchivs hingewiesen, was uns natürlich sehr freut.

Der Abschlussbericht kann [hier](#) heruntergeladen; es gibt auch eine Kurzfassung sowie eine in Leichter Sprache. Es ist auch möglich, sich eine [Aufzeichnung der Abschlussveranstaltung](#) anzusehen.

Bei der Veranstaltung wurde auch die Zahl der bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe bis zum 30.06.2021, der Anmeldefrist, eingegangenen Anträge genannt: Es sind ca. 31.000 und damit mehr als erwartet. Bis jetzt wurden ca. 20.000 Anträge bewilligt; die Bearbeitung dauert an.

3. Relaunch des Hilfe-Portals „Sexueller Missbrauch“

Unter dem Motto „Hilfe suchen, Hilfe finden“ startete der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Missbrauchs (UBSKM), Johannes-Wilhelm Rörig, ein neues [Hilfe-Portal](#). Hier finden Betroffene, Angehörige und Fachkräfte einen schnellen Zugang zu Hilfe und Beratung. Auch Menschen, die sich Sorgen um ein Kind machen oder Fragen zum Thema haben, erhalten hier Unterstützung.

Das Hilfe-Portal lotst die Nutzer*innen je nach Anliegen über eine deutschlandweite Datenbank zu passenden Unterstützungs- und Hilfeangeboten – beispielsweise zu spezialisierten Beratungsstellen, Krisendiensten, Psychotherapeut*innen oder Anwält*innen. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, sich von Berater*innen des Hilfe-Telefon Sexueller Missbrauch unter Tel. 0800 22 55 530 anonym telefonisch oder auch online beraten zu lassen.

4. Hörtipps

Zum Abschluss haben wir noch zwei Hörtipps: Zum einen möchten wir Ihnen eine Feature des Deutschlandfunk Kultur zu [Zwangsadoptionen in der frühen Bundesrepublik](#) empfehlen; zum anderen eine Podcastfolge zur [Arbeit der brandenburgischen Anlaufstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe](#).

Kommen Sie gut und gesund durch den Winter!

Stuttgart, 18.11.2021

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden-Württemberg 1949-1975 Newsletter 01/2022

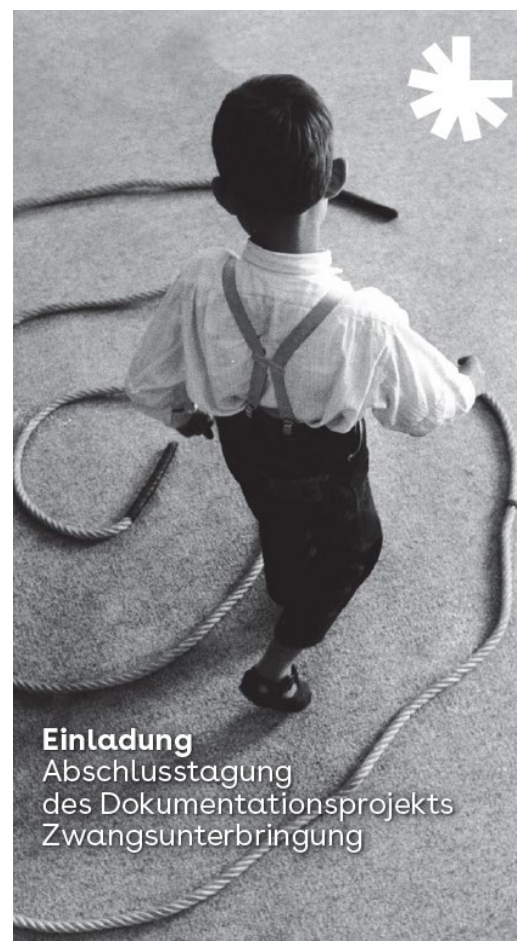
1. Abschluss des Dokumentationsprojekts Zwangsunterbringung

Sie haben alle von uns bereits die Einladung erhalten: am 30.03.2022 präsentieren wir im Hauptstaatsarchiv (und online) die Ergebnisse des Projekts. Sehr gerne können Sie diese Einladung an Interessierte in Ihrem Umkreis weiterleiten. Unter <https://eveeno.com/dokuprojekt> können Sie sich nach wie vor anmelden. Die Einladung finden Sie erneut im Anhang. Die Veranstaltung wird in Deutsche Gebärdensprache übersetzt. Wir werden sie anschließend auf YouTube zugänglich machen.

Auch das zweite große Ergebnis des Projekts soll sicherstellen, dass die Erkenntnisse der letzten Jahre auch nach Projektende zugänglich sind: Im landeskundlichen Informationssystem des Landesarchivs, [leo-bw](https://leo-bw.de), entsteht aktuell ein Themenmodul, das verschiedene Aspekte der stationären Unterbringung von Kindern außerhalb der Familie in der baden-württembergischen Nachkriegszeit vertieft. Mit einem Schwerpunkt auf den Bereichen Behindertenhilfe und Psychiatrie stellen wir einzelne Einrichtungen in Form von Einrichtungsportraits vor, informieren über die Rahmenbedingungen der Unterbringungen, wie den herrschenden Zeitgeist und die pädagogischen Vorstellungen und stellen verschiedene Aspekte des Alltags in diesen Einrichtungen vor. Die Erfahrungen von Leid und Unrecht, von Gewalt und Misshandlungen werden in diesem Modul entsprechend den Erfahrungen der Betroffenen eine große Rolle spielen.

Betroffene kommen in dem Modul in Form von Zeitzeugenberichten zu Wort und wir reflektieren den Aufarbeitungsprozess in einem weiteren Kapitel. Nicht zuletzt wird das Modul Übersetzungen einiger Texte sowohl in Leichte Sprache als auch in Deutsche Gebärdensprache enthalten. Davon abgesehen war es uns wichtig, dass sich der größte Teil der Texte an ein breites und nicht unbedingt akademisches Publikum richtet und entsprechend gut verständlich ist.

Sollten Sie zu diesem Portal etwas beitragen wollen, zögern Sie nicht, sich an uns zu wenden! Das Modul wird über das Projektende hinaus verfügbar sein und fortlaufend ergänzt werden. Schreiben Sie einfach eine E-Mail an corinna.keunecke@la-bw.de.



Einladung
Abschlusstagung
des Dokumentationsprojekts
Zwangsunterbringung

2. Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs hat Pilotprojekt zu Anhörungen von Menschen mit Beeinträchtigungen gestartet

Für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und Gehörlose, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe lebten und oft auch noch leben, gibt es seit letztem Jahr ein [Pilotprojekt](#) der unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs. Genau diese Menschen erfahren überdurchschnittlich häufig sexualisierte Gewalt und werden gleichzeitig bei der Bekämpfung des Problems häufig übersehen. In dem Projekt sollen daher gezielt Einrichtungen angesprochen werden, um bald auch für diese Menschen Anhörungen anbieten zu können. Die Kommission stellt ihre Arbeit auch in [Leichter Sprache](#) vor.

3. Der Blick über den Tellerrand

Auch in vorherigen Newslettern haben wir bereits auf verschiedene Forschungsvorhaben hingewiesen. In diesem vorletzten Newsletter des Projekts möchten wir schlaglichtartig und exemplarisch auf drei internationale Forschungsprojekte hinweisen.

In Dänemark wird die stationäre Unterbringung von Kindern in der Nachkriegszeit unter der Überschrift [Anbragt i Historien](#) (dt.: Untergebracht in der Geschichte) aufgearbeitet. Angesiedelt am Svendborg Museum werden, ähnlich wie in unserem Projekt, Archivbestände erfasst, aber auch neue Quellen geschaffen, indem Betroffene aufgefordert werden, von ihren Erfahrungen zu berichten. In der Schweiz gab es bereits Aufarbeitungs- und Forschungsinitiativen zu den sogenannten Verdingkindern ([Bericht des Deutschlandfunks von 2014](#)), ein aktuell laufendes [Forschungsprojekt](#) befasst sich mit „Merkmale, Mechanismen und Wirkungsweisen der schweizerischen Fürsorgepolitik und -praxis.“ In Kanada wiederum wurden 2021 die Gräber von Hunderten Kindern der First Nations, der indigenen kanadischen Gemeinschaften, auf den Grundstücken von staatlichen Schulen entdeckt ([Bericht von Deutschlandfunk Kultur von 2021](#)). Die Erfahrungen und das Leid dieser Kinder sind in einigen Bereichen mit den Erfahrungen anderer stationär untergebrachter Kinder vergleichbar, in vielerlei Hinsicht unterscheiden Sie sich aber durch den kolonialen Hintergrund und dem Versuch, die indigenen Kulturen zu unterdrücken und zu zerstören. In Folge der Funde wurde ein [National Center for Truth and Reconciliation](#) (dt.: Nationales Zentrum für Wahrheit und Versöhnung) eingerichtet, das ebenfalls Berichte sammelt und archiviert und dabei eng mit Überlebenden und ihren Angehörigen zusammenarbeitet.

Für die Hörenden unter uns ist das natürlich auch ein Blick über den Tellerrand: der Beauftragte des Deutschen Gehörlosenbundes berichtet in Gebärdensprache über die Erfahrungen gehörloser Betroffener, aber auch den Verlauf der Aufarbeitung im Rahmen der Stiftung Anerkennung und Hilfe. Hier finden Sie den [Bericht des Beauftragten für die Gewaltopfer in den Heimen](#).

Zuletzt noch einen weiteren Blick über den Tellerrand, weniger geographisch als vielmehr in der Form: in Bayern wird aktuell ein künstlerischer Beitrag zur Aufarbeitung geplant: Das bayerische Landesjugendamt [sucht unter dem Motto „Heimkindheiten – Leid und Verantwortung?“ Künstlerinnen und Künstler](#), um einen Ort der Erinnerung zu schaffen, der dem erlebten Leid und Unrecht in der stationären Heimerziehung in der Zeit von 1949 – 1975 Raum im gesellschaftlichen Bewusstsein gibt.

Mit herzlichen Grüßen

Stuttgart, 28.02.2022

Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden-Württemberg 1949-1975 Newsletter 02/2022

1. Abschluss des Dokumentationsprojekts

Am 30.03.2022 zog das Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung mit einer großen Abschlussveranstaltung Bilanz. 50 Personen verfolgten die Veranstaltung vor Ort, bis zu 100 Personen waren online zugeschaltet. In seinem Grußwort entschuldigte sich Sozialminister Manne Lucha im Namen der Landesregierung bei den Betroffenen. Am Vormittag stand die Präsentation von Forschungsergebnissen im Vordergrund, am Nachmittag der Bericht des Projektteams sowie die Beiträge von Zeitzeugen. Die Vorträge wurden in Gesprächsrunden reflektiert, an denen sich auch immer wieder Anwesende – Betroffene, Interessierte, Beraterinnen, ein Vertreter einer Einrichtung – beteiligten. Die Veranstaltung wurde simultan in Gebärdensprache übersetzt.



Mehrfach wurde thematisiert, dass der Begriff Aufarbeitung keinen Schlusspunkt bedeuten dürfe. Im Gegenteil, die vielen Beiträge gehörloser Betroffener zeigten, dass einerseits die Vergangenheit viele noch belastet, und dass es in Bezug auf Barrierefreiheit auch heute noch viel zu tun gibt. Die Forschungsbeiträge enthielten wiederum zahlreiche Hinweise auf noch bestehende Forschungslücken. Die Berichte der beiden Betroffenen Klaus Embs und Karl Heinz Wilhelm waren Höhepunkte der Veranstaltung. Beide berichteten emotional von ihren Erfahrungen, Herr Embs betonte das Leid durch das Verbot der Gebärdensprache und Herr Wilhelm nahm alle Anwesenden im Anschluss noch mit in eine Entspannungsübung, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten.

Auf der [Projekthomepage](#) finden Sie zwei der gehaltenen Präsentationen, weitere werden folgen. Ein Mitschnitt der Veranstaltung ist noch in Bearbeitung, wir werden in diesem Newsletter darüber informieren, wenn er online steht. Die Veranstaltung endete mit einer Gesprächsrunde und einem durchaus erfreulichen Beispiel aus einem anderen Bundesland –

wir greifen es am Ende des Newsletters noch auf. Über die Veranstaltung berichteten unter anderem [Deutschlandfunk](#) und der [SWR](#).

Neben der Veranstaltung ist das bereits angekündigte Themenmodul [Heimkindheiten](#) der zweite Teil des Projektabschlusses. Auf dem Portal finden Sie aktuell etwa 60 Texte zu den verschiedenen Themen, die seit dem ersten Tage auf reges Interesse stoßen.

Das Modul ist darauf angelegt zu wachsen. Es ist außerdem so aufgebaut, dass es nicht auf Einrichtungen der Behindertenhilfe und psychiatrische Kliniken bzw. auf den thematischen Schwerpunkt der Stiftung Anerkennung und Hilfe begrenzt ist. Vielmehr dient das Portal dazu, umfassend Leid und Unrecht in verschiedenen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in der baden-württembergischen Nachkriegszeit zu thematisieren.



2. Was kommt als nächstes?

In dem Portal wird es daher perspektivisch auch um sogenannte Erholungsheime gehen, denn diese stehen im Fokus des neuen Projekts. Dieser letzte Newsletter des Dokumentationsprojekts ist damit auch gewissermaßen der erste Newsletter des neuen Projekts. Viele haben es sicher in der Presse verfolgt: auch in den sogenannten Erholungsheimen, viele davon am Meer oder in den Bergen, haben viele Kinder in der Nachkriegszeit bis in die 1980er Jahre Erfahrungen machen müssen, die sie bis heute schwer belasten. Auf der [Seite der bundesweiten Initiative der ehemaligen Verschickungskinder](#) finden Sie zahlreiche Links zu Presseartikeln.

Wie auch schon in den vergangenen Monaten werden wir intensiv mit dem baden-württembergischen Verein zur Aufarbeitung der Kinderverschickungen [AKVBW e.V.](#) zusammenarbeiten. Wir freuen uns sehr darauf. Aktuell sind wir intensiv mit der Konzeption der nächsten zweieinhalb Jahre Projektarbeit beschäftigt und werden im nächsten Newsletter mehr über unsere Vorhaben und Ziele berichten. Wir werden diesen Newsletter im neuen Projekt fortsetzen und weiterhin auch über den Tellerrand des aktuellen Themas hinausblicken. Schließlich ist in den vergangenen Jahren sehr deutlich geworden, dass sich einige Themen in allen Facetten der – mehr oder weniger – zwangsweisen Unterbringung von Kindern wiederfinden.

Wir erlauben uns daher, diesen Verteiler weiterzuführen. Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie uns bitte eine kurze E-Mail mit dem Hinweis, dass Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten.

3. Verschiedenes

Ein letztes Mal berichten wir unter dieser Überschrift von verschiedenen Entwicklung rund um unsere Themenfelder. Auch diese Rubrik werden wir voraussichtlich fortführen und weisen gerne auf Aufarbeitungsinitiativen mit Baden-Württemberg-Bezug hin. Schreiben Sie dazu einfach eine E-Mail an corinna.keunecke@la-bw.de oder nora.wohlfarth@la-bw.de.

Durch das Dokumentationsprojekt haben wir uns mit dem Thema Gehörlosigkeit und Gebärdensprache beschäftigt und dementsprechend auch in unserem Themenmodul Angebote in Gebärdensprache aufgenommen (diese finden Sie [hier](#)). Erfreulicherweise sind wir damit in der Archivwelt nicht alleine. Das [Nationalarchiv von Großbritannien](#) weist in einem seiner letzten Newsletter auf [Recherchemöglichkeiten nach Gehörlosen in Zensusunterlagen](#) hin und das europäische Archivportal [EUROPEANA](#) thematisiert Gebärdensprache in einem [Blogbeitrag](#). Das sind nur zwei Beispiele dafür, wie Gehörlose Menschen auch unabhängig von den Gehörlosenschulen Spuren in Archiven hinterlassen haben.

Die erfreuliche Information, von der bereits die Rede war, betrifft die politische Ebene: immer wieder wird von Betroffenen die begrenzte Laufzeit der Unterstützungssysteme, sei das der Fonds Heimerziehung oder die Stiftung Anerkennung und Hilfe kritisiert. Nun hat das Land Schleswig-Holstein unabhängig von der Stiftung die Möglichkeit auf finanzielle Unterstützungsleistung verlängert – für Ehemalige aus Einrichtungen der Jugendhilfe und der Behindertenhilfe. Mehr Informationen finden Sie in der entsprechenden [Pressemitteilung](#). Der Bedarf an Verstärkung von verschiedenen Hilfesystemen – finanziell, therapeutisch und auch in Bezug auf die individuelle Recherche – bleibt hoch und es ist zu hoffen, dass Schleswig-Holstein mit diesem Vorgehen nicht alleine bleibt.

(Bildnachweise: Landesarchiv Baden-Württemberg, Foto: Marcella Müller / Screenshot von <https://www.leo-bw.de/web/guest/themenmodul/heimkindheiten>)

Stuttgart, 12.05.2022